

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Schuman-Plan und Europa-Handel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Schuman-Plan und Europa-Handel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 12, pp. 3-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131426>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Schuman-Plan und Europa-Handel

ENGLAND: Entwicklung der eigenen Quellen ist wichtiger

London, den 10. Dezember 1951

Eisen und Kohle sind Engpässe der britischen Wirtschaft geworden. Die Kohलगewinnung reicht nicht aus, um die traditionellen Ausfuhrmärkte zu beliefern, selbst wenn man daheim am Hausbrand spart. Die Eisenlücke ist so groß, daß man zum Bewirtschaftungssystem der Kriegszeit zurückkehren mußte. Zum ersten Male in seiner Geschichte muß England Kohle einführen, und wertvolle Hartvalutamärkte für britische Industriewaren werden vernachlässigt, weil es an dem nötigen Stahl fehlt.

In dieser Situation hat England natürlich das größte Interesse daran, alle Möglichkeiten der Erhöhung seiner Kohle- und Eisenerlieferungen auf internationaler Ebene wahrzunehmen. Warum erweckt unter diesen Umständen der Schuman-Plan in Großbritannien — nicht nur bei den Politikern, sondern auch in Wirtschaftskreisen — so wenig Begeisterung? Das Hauptbedenken ist zweifellos politischer Natur: England will und kann seine wichtigsten Industrien nicht einer übernationalen Behörde unterstellen, deren Politik von noch unbekannten Faktoren bestimmt werden könnte, zumal seine durchaus berechtigten Wünsche auf vorherige technische Beratungen von französischer Seite seinerzeit schroff abgelehnt wurden. Darüber hinaus bezweifelt man in der britischen Industrie, daß selbst engste Zusammenarbeit mit der kontinentalen Schwerindustrie die gegenwärtigen Versorgungsprobleme lösen könnte. Die beim Bezug belgischen Stahls und deutschen Schrotts gemachten Erfahrungen haben London enttäuscht. Man fürchtet auch, daß Zusammenarbeit innerhalb der Montan-Union zu erhöhten Halbzugausfuhren auf Kosten verringerter Fertigwarexporte und damit zu einer Schmälerung des bri-

tischen Hartvalutaeinkommens zugunsten anderer Länder mit niedrigeren Löhnen in der verarbeitenden Industrie führen würde.

Bei dem Vorschlag einer ständigen britischen Delegation bei der Schuman-Plan-Verwaltung, die Englands letztes Wort in den gegenwärtigen Verhandlungen darstellt, denkt man in politischen Kreisen an eine Art diplomatischer Vertretung, in Wirtschaftskreisen aber mehr an eine Art inoffizieller und unverbindlicher Verbindung, wie sie die britische Eisenindustrie zeitweise mit nicht unbefriedigenden Ergebnissen zur Internationalen Rohstahlgemeinschaft unterhielt, wobei man durchaus nicht die Möglichkeit ausschließt, daß diese Delegation, sobald einige praktische Erfahrung vorliegt, möglicherweise zu einer britischen Sektion der Schuman-Plan-Verwaltung entwickelt werden könnte. So unbefriedigend die bisherigen Bemühungen um internationale Zusammenarbeit in der Montanwirtschaft verlaufen sind, will man sich doch die Möglichkeit ersprießlicher Zusammenarbeit nicht versperren. Deshalb der Wunsch nach „association“ statt nach „participation“.

Vorerst sind alle Bemühungen in der britischen Kohlen- und Eisenwirtschaft auf eine Steigerung der Erzeugung und Einfuhr gerichtet. Leider haben sich die Hoffnungen auf eine Erhöhung der Kohलगewinnung bisher nicht erfüllt, obwohl wenigstens ein negativer Erfolg insoweit zu verzeichnen ist,

als die fortdauernde Abwanderung von Bergarbeitern aus den Kohलगruben keinen Produktionsabfall mit sich gebracht hat. Auch in der Stahlwirtschaft wird ein stärkerer Erzeugungsabfall nur mit Mühe verhindert; hier wären Anlagen und Arbeitskräfte für eine erhöhte Erzeugung vorhanden, doch fehlt es an Rohstoffen, vor allem Schrott. Ein Beitritt zur Montan-Union könnte weder das Arbeiterproblem des Kohlenbergbaus noch das Rohstoffproblem der Stahlindustrie lösen.

Auf lange Sicht glauben britische Industriesachverständige, daß die Versorgung mit Kohle und Stahl eher durch planvolle Entwicklung der heimischen Produktionsquellen als durch Unterordnung der britischen Interessen unter eine internationale Behörde gesteigert werden kann. Die bisherigen Schuman-Plan-Verhandlungen rechtfertigen nach englischer Ansicht auch nicht die Erwartung, daß später, wenn vielleicht wieder einmal Absatzprobleme im Vordergrund stehen, die Montan-Union einer gemeinsamen nationalen Interessen übertragenden und verbindenden Wirtschaftspolitik fähig wäre. Die Nachkriegserfahrungen der britischen Bergbau- und Hüttenindustrie zeigen, daß eine Normalisierung der Marktverhältnisse nur durch planvolle und mühsame Modernisierung, Rationalisierung und Expansion der Produktionsstätten, nicht aber durch eine noch so geniale organisatorische Konstruktion zu erreichen ist. (A.)

FRANKREICH: Interessenkonkurrenz hinter den Kulissen

Paris, den 8. Dezember 1951

Bei den Erwägungen französischer Wirtschaftskreise über die Rückwirkungen des Schumanplanes auf den Außenhandel mit Stahl und Kohle steht die Furcht vor erhöhter Einfuhr offensichtlich im Vordergrund. Für Kohle war Frankreich

nie ein Exportland. Anders liegen die Verhältnisse bei Stahl, dessen Erzeugung die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes einschließlich der überseeischen Gebiete erheblich übersteigt. Trotzdem hat in Frankreich im Verlaufe der langen Debatte über den Schumanplan

niemand, auch nicht die Vertreter der Stahlindustrie, den Gedanken geäußert, die Montanunion könne in Zukunft die französische Stahlausfuhr hemmen. Die Begründung hierfür liegt wohl teilweise in der Erkenntnis, daß der Vertragstext über den einheitlichen Markt hinaus den Stahlwerken für die Ausfuhr nach dritten Ländern weitere Handlungs- und Konkurrenzfreiheit läßt, teilweise aber auch durch die besondere Orientierung des französischen Stahlexportes, der in der Vergangenheit nur geringfügigen Absatz in den anderen Schumanplanländern fand und dessen Schwergewicht in Südamerika, in den britischen Dominions und neuerdings auch in den USA. liegt.

Wenn auch die französische Stahlindustrie nichts unterließ, um den Schumanplan zu bekämpfen und sämtliche auch nur entfernt dienlichen Argumente zu Hilfe zog, ist sie innerlich trotzdem so stark von ihrer eigenen Dynamik und ihren Entwicklungsmöglichkeiten überzeugt, daß sie in der Montanunion in keiner Weise eine Gefährdung ihrer eigenen Expansionspolitik für Produktion und Export sieht, wobei sie keineswegs im Hintergedanken auf eine etwaige Benachteiligung der deutschen Konkurrenz durch geeignete Mehrheitsbeschlüsse spekuliert — die Beziehungen der französischen Stahlindustrie zur belgischen oder gar italienischen Konkurrenz sind bestimmt nicht besser als diejenigen zu Deutschland —, sondern den Grund für ihren Zukunftsoptimismus in dem eigentlichen Wesen des Schumanplanes sieht, der ohne eine ständig unterstützte Ausdehnung der Produktion überhaupt nicht funktionieren könnte.

Die französischen Bedenken beschränken sich demnach auf den Binnenmarkt, d. h. sie betreffen die Möglichkeit gesteigerter Einfuhren nach Verwirklichung der Montanunion aus Belgien und aus Deutschland. Zollsätze und Transportkostenunterschiede stellten zusammen bisher einen erheblichen Schutz dar, von den Kontingenten ganz abgesehen. Nach Beseitigung der Zollschranken ist es Deutschland, selbst bei gleichen Fabrikpreisen, möglich, bestimmte Ge-

genden Frankreichs billiger mit Stahl und Kohle zu versorgen als die eigene Industrie. Das gilt nicht zuletzt für Bezirke, die von Frankreich aus nur auf dem Bahnwege beliefert werden können, während für Sendungen aus Deutschland der billigere Wassertransport gewählt werden kann. Die nordfranzösischen Stahlwerke befürchten ihrerseits die geographisch günstig gelegene belgische Konkurrenz, während sie im Gegensatz zu den lothringischen Betrieben bisher über die so gern ins Feld geführte deutsche Gefahr kein Wort verloren. Der letzte Versuch der Unternehmerschaft vor Ratifizierung des Schumanplanes durch das französische Parlament bestand daher darin, die Zölle nur schrittweise abbauen zu lassen, d. h. die Verwirklichung des einheitlichen Marktes um einige Jahre hinauszuzögern.

Allerdings ist die Einstellung der französischen Industrie zum Schumanplan nie einheitlich gewesen. Die Solidarität der Unternehmerschaft ist lediglich nach außen hin bemerkbar. Die Stahlverbraucher billigen in keiner Weise die Konkurrenzangst der lothringischen Schwerindustrie und werfen ihr hinter den Kulissen in ziemlich deutlicher Sprache vor, sie verteidige die Zollschranken nur deswegen, um auch in Zukunft den französischen Markt zu ungünstigeren Bedingungen beliefern zu können als ihre ausländischen Abnehmer. Ein unabhängiges Mitglied des französischen Wirtschaftsrates (Universitätsprofessor für Volkswirtschaft) ging soweit, zu versichern, die französische Wirtschaft habe in den letzten 50 Jahren das periodenmäßig in Erscheinung getretene Exportdumping der französischen Stahlindustrie finanziert.

Da zur Zeit Frankreich Kohle aus den USA. einführen muß, haben Berechnungen und Erwägungen der staatlichen Kohlengruben vorwiegend theoretischen Wert. Lothringen braucht die Konkurrenz der Ruhr auf keinen Fall zu befürchten, ebensowenig wie die transportmäßig begünstigten Becken Mittel- und Südfrankreichs. Für die nordfranzösischen Kohlengruben be-

steht zweifellos eine strukturelle Ungleichheit, die durch geeignete Modernisierungs-Maßnahmen bis 1955 einigermaßen ausgeglichen werden soll. Selbst im Falle eines Kohlenüberschusses in Westeuropa wäre die Ruhr lediglich in der Lage, Frankreich über den bisherigen Rahmen hinaus und nach Abzug zusätzlicher französischer Lieferungen nach Süddeutschland jährlich 2 bis 3 Mill. t Kohle mehr zu verkaufen. Das ist bei einem augenblicklichen Verbrauch von 70 bis 75 Mill. t eine geringfügige Zahl, was auch von allen verantwortlichen französischen Wirtschaftskreisen anerkannt wird. Bei Rohstahl haben nur die Fabriken mit einer Leistungsfähigkeit von weniger als 100 000 t von der deutschen Konkurrenz etwas zu befürchten. Betroffen werden im ungünstigsten Falle 6500 Arbeiter und 3,7% der französischen Stahlerzeugung. Bei Gußeisen sind es 1400 Arbeiter und 13% der Erzeugung, bei Walzwerken schließlich 6000 Arbeiter und 10% der Erzeugung. Selbst ohne Schumanplan würden diese wenig leistungsfähigen Betriebe in Schwierigkeiten geraten, da sie nicht mehr exportfähig sind und im Inland bei geringstem Konjunkturrückgang von den Großbetrieben erdrückt werden. Alle anderen französischen Stahl- und Eisenunternehmen haben von dem Schumanplan nach Ansicht unabhängiger Beobachter keine Beeinträchtigung ihrer Lebensfähigkeit zu befürchten, sondern lediglich die Zerstörung ihrer kartellartigen Monopolstellung auf dem französischen Binnenmarkt.

Un erwünscht ist der französischen Wirtschaft zweifellos die Ausdehnung der Zollfreiheit für Stahl auf die überseeischen Gebiete der Französischen Union, die damit zum ersten Mal von den anderen europäischen Ländern zu den gleichen Bedingungen beliefert werden können wie seitens der französischen Konkurrenz. In dieser Bestimmung des Schumanplanes ist zweifellos ein Zugeständnis Frankreichs an seine Partner zu sehen, denn bei den gegebenen Verhältnissen müssen die französischen Stahlwerke mit einer Absatzverringerung rechnen. (fr.)

ITALIEN hatte keine andere Wahl

Rom, den 8. Dezember 1951

Als Italien seinen Beitritt zum Schuman-Plan erklärte, nahm es gewissermaßen die Rolle des Hin-kenden auf sich, der sich anschicken muß, mit robusten Läufern Schritt zu halten. Wenn es sich dazu bereitgefunden hat, geschah es offenbar aus der Erwägung heraus, das kleinere Übel zu wählen, um dem größeren vorzubeugen. Die Regierung hat Gutachten gesammelt und lange beraten, ehe sie sich zu einem Entschluß durchringen konnte.

Bei der dann doch positiv ausgefallenen Entscheidung ist wohl die Überlegung maßgebend gewesen, daß die Montan-Union als ein nicht zu unterschätzender Beitrag für die Realisierung der von Italien vorbehaltlos bejahten Europa-Union zu werten ist. Man wollte wohl auch einem Rückfall der italienischen Eisen- und Stahlindustrie in die Lage zur Zeit der internationalen Rohstahlgemeinschaft vorbeugen. Denn auch der Schuman-Plan läuft letztlich auf eine Kartellierung hinaus und damit auf einen Schutz der Produktionsgebiete, die daran beteiligt sind.

In Italien setzte sich bald die Auffassung durch, der auch die Großindustrie beipflichtete, daß ein Draußenbleiben ein leichtfertiges Spiel mit Risiken wäre. England habe sich zwar wieder — wie 1926 und 1933 — von der Bindung freigehalten, doch in den Kreisen der italienischen Großindustrie glaubt man, daß es sich nach dem praktischen Wirksamwerden der westeuropäischen Montan-Union früher oder später, wie 1935, zu einer Verständigung bereithalten werde. Das rohstoffarme Italien, dessen Stahlindustrie um 30% und mehr teurer produziert als etwa Frankreich und Deutschland, könne sich jedenfalls den Luxus freien Wettbewerbes mit der Großproduktionsgemeinschaft nicht leisten, die im nordwestlichen Zentraleuropa im Entstehen begriffen ist. Sich mit einem Zollhochschutzwall zu umgürten, um die eigene Industrie vor dem Untergang zu bewahren, wäre gleichbedeutend mit einer

weiteren Überhöhung der italienischen Erzeugungskosten und mit einer beträchtlichen Verteuerung im Verbrauch. Infolgedessen sei Italien, wenn es seine Interessen wahren wollte, eigentlich gar keine Wahl geblieben.

Das Problem, das sich heute mit verstärkter Dringlichkeit anmeldet, betrifft die Modernisierung der Produktionsausrüstung, die unzulänglich, überaltert und abgenutzt ist, und die Aufbringung des notwendigen Kapitals aus öffentlichen Mitteln. Die Regierung weiß, daß private Investitionsmittel nicht vorhanden sind und daß Kreditbereitstellungen durch Finanzierungsinstitute nicht nur wegen der indiskutablen Zinssätze, sondern auch wegen der Aussichtslosigkeit, eine Abdeckung selbst langfristiger Vorlagen aus der Produktion herauszuwirtschaften, außer Betracht bleiben müssen; sie weiß aber auch, daß sich in diesem Sektor der Anlagebedarf nicht länger aufschieben läßt. Man verweist darauf, daß die französischen Großbetriebe nationalisiert sind, daher unter dem Staatsschirm stehen und daß Frankreich zur Hebung seiner Eisen-Stahl-Produktion schon bis Ende 1950 rund 115 Mrd. frfs. aufgewendet hat und weitere 130 Mrd. frfs. dem gleichen Zweck zur Verfügung stellen will. Die italienischen Großbetriebe, die sich wohl in einer geschlosseneren Leistungsorganisation werden zusammenfinden müssen, stellen demgegenüber den Vorteil der sich durch die

Montan-Union bietenden Regelung der Rohstoffzuteilung und des Absatzes ihrer Erzeugnisse in Rechnung. Besorgter sehen, wie auch in Frankreich, die zahllosen kleinen und mittleren Betriebe der künftigen Entwicklung entgegen.

Was die gegenwärtige Versorgungslage Italiens anbelangt, die im eigenen Bergbau keinen nennenswerten Rückhalt findet, ist besonders der Bedarfsanstieg der Eisen- und Stahl-Industrie (bedingt zum großen Teil durch die Fertigwarenerzeugung für die Ausfuhr) zu erwähnen, der sich in der Importzunahme von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat stärker abzeichnet. Nach Möglichkeit sucht Italien seinen Einfuhrbedarf auf das Erz für seine Hochöfen umzustellen (es handelt sich hauptsächlich um algerische Erze, weshalb italienischerseits deren Ausschluß aus den Abmachungen bedauert wird). Mit der Verwirklichung des Schiffbauprogrammes und dem wachsenden Rüstungsbedarf ist eine weitere, nicht unerhebliche Steigerung des Eisen- und Stahlverbrauches vor auszusehen.

Abschließend sei noch erwähnt, daß die italienischen Erwägungen der aus dem Schuman-Plan sich ergebenden Fragen von der Voraussetzung ausgehen, daß die Montan-Union eine Bindung der Produktionsländer darstellt und daher zum Unterschied von privatwirtschaftlichen Kartellen die staatlichen (politischen) Interessen gegenüber den Bestrebungen der Produktionsbetriebe und -gruppen in den Vordergrund treten lassen wird. (-st-)

BELGIEN: Zwischen Skepsis und Ablehnung

Brüssel, den 11. Dezember 1951

Die zwischen Skepsis und Ablehnung schwankende Haltung Belgiens hat ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ursachen:

Wirtschaftlich wird der Plan, so hört man in Montankreisen, zu einer allmählichen Verminderung des belgischen Potentials, und zwar um 4 Mill. t Kohlen, führen, während die deutschen Zechen dank einer finanziellen Unterstützung ihre Erzeugung erhöhen können werden. Deshalb befürchtet u. a. die Föderation der

belgischen Zechen eine Überflutung des belgischen Marktes mit billiger deutscher Kohle, was weder die Hohe Behörde des Schuman-Planes, noch die belgische Regierung würden verhindern können. Weiter hat eine führende Persönlichkeit im Generaldirektorat der Zechen erklärt, daß der Einheitsmarkt die Schließung der meisten Fettkohlen produzierenden und der mancher Magerkohlen erzeugenden Zechen mit sich bringen würde. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß eine Produktionsminde-

rung um 3% eine Arbeitslosenvermehrung um 25 000 bedeuten würde.

Schließlich befürchtet man eine unregelmäßige Versorgung der Industrie mit Kohlen. Denn in der Zeit der Kohlenknappheit würde niemand die kohleproduzierenden Länder daran hindern können, die eigene Industrie zu bevorzugen. Im Falle einer Auslandsabhängigkeit würde das für die belgische Industrie eine Verminderung der Erzeugung bedeuten. Die Föderation weist darauf hin, daß eine allenfalls zu erwartende Produktionsverlagerung zu schweren Störungen der belgischen Wirtschaftsstruktur führen würde, zumal in Belgien die Montanindustrie 18 % des Nationalproduktes liefert gegenüber 9% in Westdeutschland und 6% in Frankreich. Bei einer Hochkonjunktur könnte der Plan Belgien zum Ankauf von 10 Mill. t Kohlen gegen Devisen zwingen.

Die sozialen Einwände gegen den Schuman-Plan richten sich gegen die Unterschiede in Löhnen und Sozialabgaben, die in Belgien angeblich rund 40% höher sein sollen als in Deutschland. Die Pariser

Besprechungen hätten gezeigt, daß die anderen Länder auf Grund nationaler Interessen nicht zu einer Angleichung dieser Niveaus bereit seien. In den sozialorientierten Kreisen spielt naturgemäß auch die bei einer Beteiligung am Plan befürchtete Arbeitslosigkeit der Bergleute eine entscheidende Rolle.

Die Außenhandelslage Belgiens ist wie auch die der anderen Beneluxstaaten weitgehend vom deutschen Abnehmer abhängig. Sollte dieser nun auch noch den inländischen Kohlenmarkt beherrschen, so stünde — wie man hier sagt — einem etwaigen deutschen Druck auf die Wirtschaft, und damit auf die Politik des Landes, nichts im Wege. Auch diese politischen Bedenken könnten weder die Hohe Behörde noch das Statut des Schuman-Planes beseitigen, weil sie weder über politische Macht verfügen noch imstande wären, der wirtschaftlichen Realität einer dominierenden Position Deutschlands entgegenzutreten, besonders da England auf diesem Gebiet kein wirtschaftlicher oder politischer Mitspieler ist. (an)

SKANDINAVIEN glaubt an Außenhandels-Expansion

Stockholm, den 10. Dezember 1951
Wenn die Montan-Union in führenden Kreisen der skandinavischen Wirtschaft bisher mit einer gewissen Reserve beurteilt worden ist, dann ist das nicht etwa deshalb geschehen, weil ihre Verwirklichung vielleicht doch noch bezweifelt wird, sondern in der Erkenntnis, daß dieser Plan europäischer Integration auf einem der wichtigsten Wirtschaftsgebiete in seiner Durchführung mit den allergrößten Schwierigkeiten verbunden sein muß. Die Interessen der Mitgliedstaaten der Union sind nach skandinavischer Auffassung derart divergierend, daß sie nur schwer „unter einen Hut“ gebracht werden können. Trotzdem aber machen sich die skandinavischen Länder ihre Gedanken zum Montan-Projekt ganz einfach deshalb, weil es bedeutende und versorgungswichtige Gütergruppen ihres Außenhandels unmittelbar berührt.

Alle skandinavischen Länder sind in ihrer Versorgung mit fossilen Brennstoffen nahezu vollständig

von ausländischen Bezügen abhängig. Und weiter muß — oder kann — Schwedens Export an hochwertigem Eisenerz durch die Montan-Union sehr entscheidend beeinflusst werden. Dazu kommt, wenn gleich mengenmäßig von viel geringerem Umfang, der skandinavische Außenhandel mit Stahl und Eisen. Die skandinavischen Kohlen- und Kokseinfuhren machen in normalen Zeiten im Jahresdurchschnitt ein Transportvolumen von etwa 15 Mill. t aus. Daß die gegenwärtigen Brennstoffimporte bedeutend niedriger sind, kann außer acht gelassen werden, weil das voraussichtlich eine vorübergehende Erscheinung ist. Der schwedische Erzexport stellt mit etwa 12 Mill. t im Durchschnitt der letzten Jahre den zweiten bedeutenden Außenhandelsposten dar.

Für die Beurteilung der Auswirkungen des Schumanplanes auf zunächst den skandinavischen und weiter dann den europäischen Außenhandel ist symptomatisch, daß vom schwedischen Finanzmini-

ster vor kurzem die Erhöhung des sog. Transportrechtes der führenden Erzfördergesellschaft Luossavaara-Kiirunavaara A/B (Grängesbergkonzern) von 12 Mill. t auf 15 Mill. t beantragt worden ist. In erster Linie liegt diesem Antrag sicher die Weltknappheit an Eisenerz und die daraus sich für Schweden ergebende Besserung der Absatzmöglichkeiten zugrunde. Gleichzeitig besteht jedoch der Eindruck, daß die beantragte Erhöhung des Transportrechtes, dessen Höhe praktisch der tatsächlichen Erzausfuhr gleichkommt, den möglichen Aufschwung der europäischen Eisenwirtschaft nach Inkrafttreten der Montan-Union in Rechnung stellt. Führende Kreise der schwedischen Industrie sind der Auffassung, daß, ganz unabhängig von Einflüssen der Rüstung, der Bedarf der Welt an Eisenerz sich auf längere Zeit hinaus noch vergrößern wird, und es wird als mehr oder weniger selbstverständlich angesehen, daß der Impuls der Montan-Union diese aufwärts steigende Tendenz noch verstärken wird.

Das gleiche gilt für Skandinaviens Versorgung mit Brennstoffen und für den Außenhandel in Stahl und Eisen. Die Verbundenheit der skandinavischen Volkswirtschaften mit dem Weltmarkt bzw. mit Europa ist auf allen diesen von der Montan-Union betroffenen Warengebieten von jeher so eng, daß Skandinavien auf den Bezug aus dem Ausland ebenso wenig verzichten kann wie das Ausland auf den skandinavischen Export. Da außerdem aber eines der wesentlichsten Ziele der Union gerade in einer besseren und gleichmäßigeren Versorgung der Märkte besteht, kann nach skandinavischer Auffassung die Konsequenz der Montan-Union im ganzen und auf längere Sicht nur eine Steigerung der europäischen Außenhandelsumsätze sein.

Eine Einschränkung muß allerdings gemacht werden. Mit Schweden an der Spitze befindet die Eisenindustrie aller skandinavischen Länder sich in einem kräftigen Ausbau. Dadurch wird die Abhängigkeit in der Einfuhr von Fertigprodukten aus dem Ausland allmählich geringer. (dt).